

SAGA-Rede, 02.03.2012
Berndt-Koberstein-Preis
für zusammenleben und Solidarität 2012

Zunächst möchten wir uns recht herzlich bei der Jury und dem Preis-Spender für die Berücksichtigung und Würdigung unserer langjährigen Arbeit bedanken.

Wir verstehen diese Berücksichtigung aber auch ausdrücklich als Stellvertretung für die tatsächlichen Betroffenen dieser Wirklichkeit. Eine Wirklichkeit, zu der wir noch ein paar Notizen beisteuern wollen.

So sehr wir uns über den Berndt-Koberstein-Preis freuen, so sehr sind wir uns auch bewusst, dass dieser nur ein Tropfen auf dem heißen Stein ist, denn das Problem ist ein strukturelles und findet unter anderem in der rassistischen Gesetzgebung ihren Ausdruck.

Wir haben in Baden-Württemberg inzwischen eine als 'grün-rot' bezeichnete Regierung, in die viele doch (neue) Hoffnungen gesetzt haben. Das Regierungsprogramm enthielt einige Ansätze, die diese Hoffnung nährten.

Wir haben aber seit einem Jahr, nicht unbedingt überraschenderweise, einiges erfahren müssen, was für das Gegenteil spricht. Es wurden in der letzten Woche - trotz noch unklarer Erlasslage - ein Angehöriger einer Familie aus Freiburg nach Serbien abgeschoben. Aus Angst vor einer Abschiebung waren die Eltern mit den anderen Kindern inzwischen verschwunden.

So wird Illegalität produziert!

Eine weitere Roma-Familie sollte nach Frankreich zurück geschoben werden lediglich eine längere nächtliche Diskussion mit der Polizei um kranke Kinder hinderte den Vollzug.

Wir haben gestern erfahren, dass es am 30. April (nachts! Im Verborgenen) erneute eine Abschiebung aus Freiburg gab! Eine Familie mit zwei Kindern, die im Flüchtlingslager Bissierstr. gelebt haben und in den Kosovo abgeschoben worden sind.

Ein Petitionsausschuss der grün-roten Mehrheit stellte nach nur kurzem Besuch im Kosovo fest, dass Roma dort keiner politischen Verfolgung ausgesetzt seien. Während Hilfsorganisationen vor Ort sich besser auskennen und die massive gesellschaftliche Diskriminierung von Roma beklagen, meint der Petitionsausschuss, hier 'nur' noch soziale Probleme festzustellen.

Man muss wissen, die Roma sind derzeit in der Fluchtstatistik eine der grössten Gruppen.
Warum wohl?

Der institutionelle Rassismus betrifft alle Asylsuchenden, hierzu ein paar Beispiele:

Wir haben eine so genannte Härtefallkommission, die als Geheimkommission tagt, ihre Begründungen nie veröffentlicht, und nur mit 2/3-Mehrheiten für ein Bleiberecht votieren darf; unterhalb von 2/3 ist es eben eine Ablehnung!

Die Landeskompetenz bei der Änderung der Härtefallentscheidungen wurde kaum genutzt - es bleibt bei Gnadenentscheidungen für 'nützliche' (d.h. arbeitende) und 'integrierte' Mitglieder dieser Gesellschaft.

Auch nachdem klar war, dass die Residenzpflicht z.T. abgeschafft wird, haben die Behörden bis zum Inkrafttreten noch gnadenlos weiter sanktioniert. Ein Entgegenwirken der Regierung war nicht erkennbar.

Wir sind täglich mit Ausländerbehörden konfrontiert, die erstens nichts zu sagen haben, weil die Aufsichtsbehörde in Karlsruhe sitzt, und zweitens in aller Regel die Rechte der Betroffenen missachtet und nur ihre Pflichten durchsetzen möchte.

Der Gang zur Behörde ist ein Hürdenlauf!

Kennzeichnend für den institutionellen Rassismus in Deutschland ist das Urteil des Gerichts in Koblenz zu den rassistischen Kontrollen in den Zügen, nach dem es der Polizei erlaubt ist Menschen nach ihrem 'äußeren Erscheinungsbild' zu kontrollieren. Das Gericht fand Ende Febr. 2012 das alles richtig und zulässig. Nachdem ein 25-jähriger, der mitten in Deutschland im Zug kontrolliert wurde und erwähnte, dass ihn die rassistischen Kontrollen an frühere Zeiten erinnern, wurde er zusätzlich wegen Beleidigung angeklagt. Das Oberlandesgericht Frankfurt hat ihn davon kürzlich freigesprochen.

Aber die rassistischen Kontrollen sind Alltag - und die Bundespolizei wird zu selten auf diesen Alltag kritisch angesprochen.

In Freiburg kann man den institutionellen Rassismus u.a. an den Stadträndern, an den so genannten Flüchtlingswohnheimen sehen. Auf engstem Raum, nämlich genau 4,5 qm so schreibt es das Gesetz vor, werden dort Flüchtlinge untergebracht: In maroden Gebäuden und ständiger Kontrolle und Schikane ausgesetzt. Die Stadt fühlt sich nach eigenem Bekunden sogar überfordert und überlastet von zu vielen Roma, die sie dann in der Folge in Containern untergebracht hat. So viel zum Thema Offene Stadt Freiburg.

Es gibt - schliesslich - aber auch manchmal noch halbwegs kleine Erfolge, wenn auch der Erfolg hier sehr zweifelhaft ist:

Die Rückkehr eines bereits Abgeschobenen:

dies passiert jetzt in Göttingen ein junger Mann, dessen Anwältin einen erfolgreichen Eilantrag an das Gericht stellt, wird abgeschoben, obwohl

das Gericht noch vor Abflug anders entschieden hat. Die Behörde meint nur, die Türen des Flugzeugs seien schon verriegelt gewesen, man hätte leider die Entscheidung des Gerichts nicht mehr umsetzen können. Dieser Mann stand kurz vor der Eheschließung; er kann jetzt zurückkehren.

Wir haben übrigens das gleiche hier in Freiburg erleben müssen, wo die Behörde eine Frau aus dem Kosovo - es war ja nur Amtshilfe - vor dem Standesamt festnehmen und abschieben ließ. Also doch wieder kein richtiger Erfolg...

Seit den frühen 1990er Jahren wurde die Asylgesetzgebung sowohl in Deutschland, als auch in der gesamten EU immer weiter verschärft, so dass von einer Festung Europa gesprochen werden kann. Das alles spricht dafür, dass die Arbeit - hoffentlich mit größerer Unterstützung - nicht aufhören wird.

Die Situation macht solidarisches Handeln vielmehr zur Pflicht!

Herzlichen Dank!